Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

283 (2.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 283 — **Freitag, den 2. Dezember 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Auf einer Konferenz beim Reichspräsidenten wurde am Donnerstag abend ein Zwischenbericht über die Krise gegeben, man erwartet nunmehr für Freitag die letzten Entscheidungen.

*

Laut Mitteilung der Reichspressestelle der NSDAP. wird Hitler nicht nach Berlin fahren.

*

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat an den Reichswehrminister ein Schreiben gerichtet, in dem die bekannten Forderungen der Gewerkschaften noch einmal dargelegt und begründet werden.

*

Im badischen Landtag wurden die Kirchenverträge mit 45 gegen 44 Stimmen angenommen.

*

Macdonald und Sir John Simon sind nach Genf abgereist, Herriot will erst am Samstag abreisen.

*

In der ostgalizischen Stadt Grodek überfielen Mitglieder der geheimen Ukrainischen Militärorganisation das Postamt. Bei der Schießerei wurden zwei Ukrainer getötet.

*

Adolf Hitler wird weiterhin im thüringischen Kommunalwahlkampf sprechen. Er hat dem Reichspräsidenten in einem Brief mitgeteilt, daß er seine Anwesenheit in Berlin im gegenwärtigen Augenblick für unnötig halte.

*

Die Voraussage Norman Davis' über die baldige Vertagung der Abrüstungskonferenz wird von der Pariser Presse lebhaft besprochen.

*

In Stockholm wurde ein Sowjetangestellter des Naphta-Syndikats wegen Verdachts der Spionage gegen die schwedische Flotte und Flugwaffe verhaftet.

*

In Steinhagen (Westf.) wurden sieben Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet.

*

Die Deutsche Welle G. m. b. H. wird ab 1. Januar 1933 unter der Bezeichnung „Deutschlandsender G. m. b. H." den Reichssender in Königswusterhausen unter eigener Verantwortung bedienen.

Aus dem Reichsrat

Vereinheitlichung des Scheck- und Wechselrechtes — Senkung der Eichgebühren

Berlin, 1. Dez. Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl eine Vollsitzung ab, in der dem Vorschlage der Reichsregierung zugestimmt wurde, die Abkommen zur **Vereinheitlichung des Wechselrechtes** und dem auf Grund dieser Abkommen vorgeschlagenen Entwurf eines **Wechselgesetzes** erneut beim Reichstag einzubringen. Ferner stimmte der Reichsrat der Einbringung der Abkommen über die **Vereinheitlichung des Scheckrechtes** und des auf Grund internationaler Vereinbarungen vorgeschlagenen Scheckgesetzes beim Reichstage zu. Eine Verordnung über die Ausdehnung der **Eichpflicht** auf die zur Längenmessung und zur Flächenmessung dienenden Meßwerkzeuge wurde vom Reichsrat gebilligt desgleichen eine Verordnung über eine teilweise Senkung der Eichgebühren. In den Reichsratsausschüssen hatte diese letzte Verordnung zu ausgedehnten Beratungen geführt, da ein Teil der Länder glaubte, eine Gebührenjenkung aus finanziellen Gründen nicht tragen zu können. Die Regierung hat daraufhin ihre ursprünglichen Vorschläge noch beschränkt, sodaß eine Gebührenjenkung nur in einigen bestimmten Fällen ab 1. April 1933 eintritt. Endlich beschloß der Reichsrat, daß die demnächst freiwerdenden zwei Reichsgerichtsratsstellen durch die beiden dienstältesten Hilfsrichter besetzt werden sollen.

Deutscher Landwirtschaftsrat dringt auf Kontingente

Berlin, 1. Dez. Der Ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates beschäftigte sich erneut mit dem handelspolitischen Schutz landwirtschaftlicher Produkte und stellt fest, **daß das Reichskabinett seine festen und bindenden Zusagen hinsichtlich der Drosselung unnötiger Auslandseinfuhr durch umfassende Kontingentierungsmaßnahmen bisher nicht eingelöst habe.** Der Ständige Ausschuß weist darauf hin, daß die „Empörung" in allen Kreisen der deutschen Landwirtschaft **deshalb aufs höchste gestiegen** sei und kündigt an, **daß die deutsche Landwirtschaft in seiner Gesamtheit zu jedem Reichskabinett in scharfe Opposition treten werde, das nicht unverzüglich den Schutz der bäuerlichen Wirtschaft durch wirksame Drosselung unnötiger Einfuhr durchführt.**

Schleicher mit der Regierungsbildung beauftragt

T.U. Berlin 2. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg erteilte heute General von Schleicher den Auftrag zur Bildung der Regierung. Schleicher hat den Auftrag angenommen.

*

Hitler kommt nicht nach Berlin

Eine parteioffiziöse Erklärung

Weimar, 1. Dez. Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Gegenüber dem von politisch interessierter Seite systematisch in die Oeffentlichkeit gebrachten Meldungen, wonach Adolf Hitler zugesagt, mitgeteilt oder auch nur beabsichtigt habe, zu Verhandlungen über die Regierungsbildung mit irgend welchen amtlichen Stellen nach Berlin zu kommen, wird hiermit parteiamtlich festgestellt, daß alle diesbezüglichen Meldungen frei erfunden sind, um die öffentliche Meinung zu verwirren. Zu derartigen Verhandlungen mit den zur Zeit in Berlin mit der Kabinettsbildung befaßten Persönlichkeiten lag und liegt für die NSDAP. keinerlei Anlaß vor, da ja Adolf Hitler bereits am 23. November dem Herrn Reichspräsidenten seinen der Oeffentlichkeit bekannten, festumrissenen, klaren und eindeutigen Vorschlag zur Lösung der Regierungskrise in allerkürzester Frist unterbreitet hat. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages, der im Interesse von Volk und Vaterland unter Umgehung aller verwirrenden Begriffe gemacht ist, und keinerlei Raum zu Unklarheiten läßt, lag und liegt nicht bei der NSDAP., deren gradlinige Haltung seitdem tagtäglich durch die nationalsozialistische Presse in aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist. Demgemäß hat sich auch Adolf Hitler am Dienstag abend programmäßig nach Weimar begeben, um in den thüringischen Gemeindewahlkampf einzugreifen. Alle andersgearteten Meldungen, insbesondere auch über Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft, sind unwahr.

*

Ein neuer Hitler-Brief

Berlin, 1. Dez. In einigen Berliner Abendblättern wird von einem **neuen Brief Hitlers an den Reichspräsidenten** gesprochen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist dieser Brief tatsächlich eingegangen. Er enthält jedoch keine Neuigkeiten, die ihm eine außergewöhnliche Bedeutung geben würden, sondern bezieht sich nur auf die Vorschläge, die Hitler dem Reichspräsidenten innerhalb des bekannten Briefwechsels gemacht hat und **lehnt jede weiteren Verhandlungen ab.** Nach Auffassung unterrichteter Stellen steht der Brief in keinem direkten Zusammenhang mit den Bemühungen des Generals von Schleicher. Weiter erfahren wir, daß nach einer Besprechung zwischen dem Reichswehrminister und dem Reichskanzler, die am Donnerstag mittag stattgefunden hat, für 6 Uhr abends eine neue **Besprechung beim Reichspräsidenten** angesetzt wurde.

*

Weitere Verzögerung

Neue Besprechungen bei Hindenburg

Berlin, 1. Dez. Die Besprechung beim Reichspräsidenten am Donnerstag abend, an der wie üblich Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und Staatssekretär Dr. Meißner teilnahmen, dauerte etwa einundeinhalb Stunden. Nach den Auskünften, die bisher zu erlangen waren, hat sie eine Entscheidung noch nicht gebracht. Es wird hinzugefügt, daß die Entscheidung wahrscheinlich Freitag mittag bekanntgegeben wird. Daraus läßt sich vielleicht entnehmen, daß zunächst Freitag vormittag noch weitere Besprechungen stattfinden sollen. Rein stimmungsmäßig muß man am Donnerstag abend den Eindruck haben, daß wieder alles offen ist, auch was die Frage der zu beauftragenden Kanzlerpersönlichkeit anlangt.

*

Hindenburg empfängt heute Hugenberg

T.U. **Berlin**, 1. Dez. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, am Freitag mittag vom Reichspräsidenten empfangen werden.

*

Vor der Entscheidung

Schleicher oder Papen?

T.U. **Berlin**, 1. Dez. Die Beratungen, die beim Reichspräsidenten am Donnerstag abend stattfanden, haben zweifellos einen Abschluß der Besprechungen gebracht, die zur Lösung der Regierungskrise geführt haben. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichspräsidenten, der allein den letzten entscheidenden Entschluß fassen wird. Mit seiner Bekanntgabe ist, wie bereits gemeldet, in den Mittagsstunden zu rechnen. Wie er aussehen wird, ist völlig unbekannt. Man kann daher nur vermuten, wie er aussehen wird.

Nachdem in den Mittagsstunden des Donnerstags bereits eine abschließende Besprechung zwischen Papen und Schleicher stattgefunden hatte, in der sich die beiden Kanzlerkandidaten darüber verständigt haben dürften, was sie dem Reichspräsidenten als Lösung verschlagen wollen, nimmt man in politischen Kreisen an, daß zwischen diesen beiden Persönlichkeiten eine Uebereinstimmung darüber erzielt worden ist, was sie dem Reichspräsidenten zur Lösung der Krise vorzuschlagen haben. Der Reichspräsident hat bisher immer den Standpunkt vertreten, daß er einen Anlaß, sich von Papen zu trennen, nur dann hätte, wenn ein anderer Kanzler eine günstigere parlamentarische Lage mitbrächte. Ob die Versuche Schleichers, die Lage der Regierung gegenüber dem Reichstage zu verbessern, vom Reichspräsidenten als ausreichend angesehen werden, um eine Betrauung Schleichers mit der Kabinettsbildung als gerechtfertigt erscheinen zu lassen, ist offen. Ob die Entscheidung des Reichspräsidenten für die Bildung eines neuen Kabinetts unter Führung des Generals von Schleicher fallen wird oder ob er sich nun doch, nachdem alle anderen Versuche gescheitert sind oder sich als aussichtslos erwiesen haben, dafür entscheidet, es bei einer Betrauung des Herrn von Papen zu belassen, muß abgewartet werden. Die Chancen für Papen und Schleicher stehen wie 1:1. Man hält es in politischen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß die letzte Entscheidung des Präsidenten erst fallen wird, wenn feststeht, was für Persönlichkeiten bereit wären, in ein Kabinett Schleicher oder ein Kabinett Papen einzutreten.

*

Vor der Entscheidung Hindenburgs

T.U. **Berlin**, 2. Dez. In den Besprechungen über den bevorstehenden Abschluß der Regierungskrise durch die Entscheidung Hindenburgs wird von den Berliner Blättern fast allgemein mit einer Wiederkehr des Reichskanzlers von Papen gerechnet. Die „Germania" schreibt: Es scheine kein Zweifel mehr daran zu bestehen, daß man noch am heutigen Freitag mit der Wiederbetrauung von Papens mit der Kanzlerschaft, also mit einer Rückkehr des alten eben gestürzten Kabinetts mit den aus bekannten Gründen erforderlichen Personalveränderungen im einzelnen Ministerien rechnen müsse. Den äußeren Anlaß zu der Tatsache, daß die Schleicher-Lösung, gegen die so eifrig intrigiert worden sei, in letzter Stunde doch noch habe zu Fall gebracht werden können, habe man in dem Scheitern des gestrigen letzten Versuches zu sehen, die Nationalsozialisten für eine befristete Waffenruhe bis in den Januar hinein gewinnen zu können. Diese Feststellung allein reiche aber nicht im entferntesten dazu hin, die Entwicklung zu rechtfertigen, die die Krise allen Befürchtungen zum Trotz doch noch genommen habe. Ein Kabinett Schleicher hätte, erst einmal in Kurs gesetzt, zumindest eine Position in der Politik vorgefunden, die auf jeden Fall eine bessere Aussicht auf die Meisterung der politischen Probleme der nächsten Zukunft geboten hätte, als sie irgend einem Kabinett zugebilligt werden könne, das in der Person des Kanzlers und in seiner übrigen Struktur unmittelbar an die gescheiterte Tradition der letzten fünf Monate anknüpfte. Wenn die Entscheidung so falle, wie es leider unabänderlich scheint, dann könne man der weiteren politischen Entwicklung nur mit der größten Skepsis entgegensehen.

Die „Vossische Zeitung" rechnet ebenfalls mit einer Wiederkehr von Papens als Reichskanzler, hält aber auf Grund des Besuches Hugenbergs beim Reichskanzler Ueberraschungen noch für möglich. Die „D.A.Z." spricht ebenfalls von einer überraschenden Wendung der Regierungskrise. Es scheine die Absicht zu bestehen, auf die Bildung eines Kabinetts Schleicher zu verzichten und im wesentlichen wieder auf die alte Regierung zurückzugreifen, die nur in einigen Ressorts eine Umbesetzung erfahren solle. Es sei anzunehmen, daß eine Anzahl hervorragender Mitglieder des alten Kabinetts ihre Aemter zur Verfügung stellen würden, wenn mit der Verwirklichung ernst gemacht werden sollte. Dazu gehöre vor allem der preußische Kommissar der Reichsregierung, Dr. Bracht.

Die „Börsenzeitung" hält die Hartnäckigkeit, mit der man in den Kreisen um Hindenburg an der Alternative festhalte, daß der Kanzler des neuen Kabinetts nur Papen oder Schleicher heißen könne, nicht für verständlich. Das Risiko, das in einer Wiederbetrauung Papens liege, sei in keiner Weise kleiner geworden. Man müsse infolgedessen mit Nachdruck die Frage aufwerfen, ob der Reichspräsident, falls er eine Betrauung Schleichers für unzweckmäßig hält, nicht gut tun würde, sich nicht auf die „Papen-Lösung" zu verstehen, sondern nach einer dritten Persönlichkeit und nach einer dritten Lösungsmöglichkeit Umschau zu halten, einer Möglichkeit, für die das letzte Interview des politischen Beauftragten der D.N.V.P. (Zusammenfassung und Aktivierung der Harzburger Front) immerhin einige Fingerzeige gegeben habe.

Nach dem „Börsenkurier" verlautet, daß bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung in gewissem Umfange auch die Frage der Stellvertretung des Reichspräsidenten eine Rolle gespielt habe. Es sei bemerkenswert für die Auffassung des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß von ihm selbst der Fall der „vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft", der mit Art. 51 der Reichsverfassung genannt ist, ins Auge gefaßt worden sei. Für einen solchen Fall werde der Reichspräsident zunächst durch den Reichkanzler vertreten. Wenn in einem sol-

chen Fall der Vertreter einer Partei, deren Diktaturbestrebungen und Bestrebungen zur einseitigen Parteiherrschaft offenkundig sind, als Reichskanzler den Oberfehl über die Reichswehr in Stellvertretung des Reichspräsidenten erhält, könnten daraus erhebliche politische Gefahren entstehen. Es sei deshalb erörtert worden, ob nicht bereits vorsorglich ein Gesetz geschaffen werden könnte, wonach die Stellvertretung des Reichspräsidenten ähnlich, wie es nach dem Tode des ersten Reichspräsidenten geschah, durch den Reichsgerichtspräsidenten wahrgenommen werden könnte.

Der „Lokalanzeiger" weist darauf hin, daß bei der Entscheidung über die Regierungsbildung nicht nur die Wahl der Persönlichkeit, sondern das Ausmaß von Sicherungen, das der Reichspräsident dem Kabinett mit auf den Weg gebe, eine Rolle spiele.

Bayerns Eisenbahnforderungen an das Reich

Beschleunigte Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof

Der Leiter des bayerischen Finanzministeriums, Staatsrat Schäffer, teilte im Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtages mit, daß zur Zeit zwischen Bayern und dem Reich Verhandlungen über die **Forderung Bayerns auf 15,1 Millionen RM.** schwebten. Diese Summe bilde den Fehlbetrag, der durch die starke Minderung an Reichssteuerüberweisungen im bayerischen Staatshaushalt verbleibe. Der Staatsrat wies darauf hin, daß im Reich für Maßnahmen über deren Zweckmäßigkeit man streiten könne, Hunderte von Millionen aufgebracht wurden. Es müsse daher auch möglich sein, daß die öffentlichen Institute, wie es Länder und Gemeinden seien, dieselbe Gnade fänden, wie gewisse wirtschaftliche Großbetriebe. Hinzu komme, daß die allgemeine Finanzpolitik eine Aenderung des Finanzausgleich gebracht habe. Das Reich habe einzelne Teile der Einkommensteuer mit besonderem Namen belegt, die Ledigensteuer usw., und damit diese Teile zu 100 v. H. für sich einbehalten, so daß Länder und Gemeinden heute tatsächlich nicht mehr 75, sondern nur mehr 50 v. H. der Einkommensteuer bezögen. Bei der **Reichsbahnabfindung** forderten die Länder nicht, daß das Reich den Kapitalbetrag auslege, weil das Milliardenbeträge wären. Das Reich habe aber 500 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien, die nicht Vermögen des Reiches, sondern gemeinsames Vermögen der früheren Eisenbahnländer seien. Diese Vorzugsaktien brächten eine Dividende von 7 v. H., also von 35 Millionen RM. Das Reich habe sich früher grundsätzlich bereit erklärt, diese 35 Millionen als Abschlagszahlung für die Zinsansprüche der Eisenbahnländer zur Verfügung zu stellen. Das Reichsfinanzministerium habe nunmehr Bayern mitgeteilt, daß es seine gesamte Rechtsanschauung geändert habe und das Recht jeglichen Aufwertungs- und Entschädigungsanspruches der Länder überhaupt bestreiten wolle. Staatsrat Schäffer erklärte, er habe der Reichsregierung nur geantwortet, daß ihm diese Auffassung ganz angenehm sei, weil der Bogen dadurch so überspannt würde, daß der **Staatsgerichtshof** ohne weiteres einsehen müsse, wo die Rechts- und Billigkeitsansprüche lägen. Die Folge werde eine beschleunigte **Feststellungsklage** beim Staatsgerichtshof sein müssen. Für Bayern würde sich für die letzten zwei Jahre daraus ein Betrag von 4,5 Millionen RM. errechnen.

Vom Deutschen Weinbauverband

Mainz, 1. Dez. Nach längerer Pause hielt der Vorstand des Deutschen Weinbauverbandes in Mainz eine Sitzung ab. Für den erkrankten Präsidenten leiteten die Vizepräsidenten Geheimrat Dr. von Bassermann-Jordan und Reichstagsabgeordneten Haag-Heilbronn die Sitzung. In erster Linie behandelte der Vorstand die Aufhebung der Prohibition in USA. Dabei herrschte Uebereinstimmung darüber, daß deutsche Qualitätsweine auf Absatz in den Vereinigten Staaten rechnen können, daß aber die Hoffnungen in dieser Beziehung nicht allzu weit gesteckt werden dürfen. Der Vorstand hält es für erforderlich, eine Art Kontrolle aller nach dem Auslande, besonders nach den Vereinigten Staaten gehenden Weine einzuführen, und daß zu gegebener Zeit eine Propagandaaktion für den Absatz deutscher Weine in Amerika eingeleitet werden muß. Eine kleinere Kommission soll all diese Fragen weiter behandeln und entsprechende Vorschläge ausarbeiten. Ueber die Arbeiten des Verbandes und die stattgefundenen Besprechungen mit der Reichsregierung berichtete der Generalsekretär Dr. Fahrenschon. Der Vorstand hielt dabei an der alten Forderung des Weinbaues auf völlige Niederschlagung der Winzerkredite fest. Bekanntgegeben wurde die erfolgte Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Frostbekämpfung.

Er baut das Berliner Stadion für die Olympischen Spiele 1936 um.

Regierungsbaumeister a. D. Werner March hat die Ausarbeitung der Pläne zu Erweiterung des Deutschen Stadions in Berlin für die Olympischen Spiele 1936 übernommen.

Forderungen der Gewerkschaften

Berlin, 1. Dez. Der „Vorwärts" veröffentlicht ein **Schreiben des ADGB. an den Reichswehrminister**, das, wie erläuternd hinzugefügt wird, nach der Besprechung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftbundes mit General von Schleicher auf dessen Wunsch hin verfaßt wurde, um die in der Unterredung aufgestellten Forderungen der Freien Gewerkschaften darzulegen und zu begründen. Zu dem durch die Verordnung vom 5. September den Unternehmern gegebenen Recht, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, wird erklärt, dies habe eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtete. Das Schreiben fordert weiter: „Die **Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden** muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden", was damit begründet wird, daß der durch die erwähnte Verordnung geschaffene Anreiz zur Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden versagt habe, angesichts der Massenarbeitslosigkeit aber verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus nicht länger geduldet werden könnten.

Sodann wird verlangt, daß das **System der Steuergutscheine dahin umzugestalten** sei, daß entsprechende Steuerscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden könnten. Diese Maßnahmen, so wird erklärt, machten etwa 1,75 Milliarden RM. ohne geringste Inflationsgefahr für Arbeitsbeschaffung frei und ermöglichten die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser. Abschließend zählt der Brief noch die folgenden Forderungen auf: „Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden; die Verordnung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben; die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangetastet bleiben."

Zur Frage des Zinsendienstes für die Kommunalanleihen

Eine amtliche preußische Erklärung.

T.U. **Berlin**, 1. Dez. Zu der Frage des Zinsendienstes für die Kommunalanleihen teilt der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mit: „Die für Preußen bestellten Kommissare des Reiches halten es für dringend geboten, daß die Gemeinden alle Anstrengungen machen, um fällige Zinsen der von ihnen aufgenommenen Kommunalkredite pünktlich zu zahlen, oder sich mit ihren Gläubigern gütlich zu einigen. Wenn behauptet worden ist, es sei den Gemeinden geradezu verboten worden, ihre Zinsen zu entrichten, so widerspricht das den Tatsachen und beruht jedenfalls auf einem Mißverständnis. Die beteiligten Ministerien haben in einem Runderlaß die Aufsichtsbehörden und Gemeinden erneut nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die von den Gemeinden für den Staat erhobenen Staatssteuern pünktlich an die Staatskasse abzuliefern sind. Mit dem Gang einer geordneten Verwaltung ist es unvereinbar, wenn die Gemeinden ihre allgemeinen Sachausgaben, zu denen auch der Schuldendienst zu rechnen ist, mit dem Geld bestreiten, das dem Staate zusteht. Würde den Gemeinden gestattet werden, die Staatssteuern für ihre Zwecke willkürlich zurückzubehalten, so würde nicht nur die Finanz- und Kassenlage des Staates unmittelbar gefährdet werden, sondern das Verfahren würde auch auf eine ungeregelte Subvention an die Gemeinden herauslaufen und eine ungerechte Bevorzugung solcher Gemeinden darstellen, in denen auf Grund der erheblichen Steuerkraft besonders hohe Beträge an Staatssteuern eingehen. Es ist deswegen nur solchen Gemeinden ausnahmsweise gestattet worden, Staatssteuern zurückzubehalten, die andernfalls nicht in der Lage sein würden, die Zahlungen an ihre Beamten und Arbeiter und an die Erwerbslosen durchzuführen. Im übrigen halten es die Kommissare des Reiches für ihre selbstverständliche Pflicht, durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß wieder geordnete Zustände auf dem Gebiete der Gemeindefinanzen entstehen und der öffentliche Kredit befestigt wird."

260 Stimmen Mehrheit für Herriot

Die Kammeraussprache über die Schuldenzahlung an Amerika.

T.U. **Paris**, 1. Dez. In der Kammer wurde in den späten Abendstunden des Donnerstag die Frage der französisch-amerikanischen Schuldenzahlung behandelt, zu der der rechtsgerichtete Abgeordnete Marin eine Anfrage auf sofortige Beratung eingebracht hatte, die die Regierung bekämpfte. Herriot erklärte sich bereit, am 9. Dezember vor der Kammer zu erscheinen, um ihr den von der Regierung gefaßten Beschluß zur Annahme oder Ablehnung vorzulegen. Es sei jedoch im Augenblick der Verhandlungen nicht möglich, sie durch eine öffentliche Aussprache zu stören. Trotz der Erklärung Marins und Franklin Bouillons, die die Auffassung vertraten, daß ein Beschluß der Kammer dahingehend, daß Frankreich an Amerika nichts zahlen dürfe, wenn es nicht selbst von seinen Schuldnern bezahlt werde, die Regierung bei den gegenwärtigen Verhandlungen nur unterstützen und stärken könne, stellte Herriot gegen die sofortige Aussprache die Vertrauensfrage. Die Kammer beschloß mit 426 gegen 166 Stimmen die Vertagung der Aussprache bis zum 9. Dezember.

Kriegsminister Paul Boncour ist am Donnerstag abend nach Genf abgereist. Er reist im gleichen Zuge wie der englische Ministerpräsident Macdonald.

*

Die britische Antwortnote an Amerika überreicht.

T.U. **Washington**, 1. Dez. Der britische Botschafter in Washington überreichte am Donnerstag dem Staatssekretär Stimson die zweite englische Kriegsschuldnote. Eigentümlicherweise erfolgte die Ueberreichung nicht im Staatsdepartement. Darauf hin hatte Stimson eine eingehende Aussprache mit Hoover über die britische Antwortnote. Die Veröffentlichung der Note wird Donnerstag abend erwartet.

Geldbriefträger ermordet

Frankfurt a. M., 1. Dez. In einem Hause am Stiegelschlag im Stadtteil Bornheim wurde mittags der **Geldbriefträger Hoffmann erschossen.** Als Täter kommt ein 19jähriger junger Mann namens Knirsch in Frage, der flüchtig ist. Er wohnte seit kurzem mit seiner Mutter in dem Hause Stiegelschlag 5. Der Geldbriefträger war sofort tot. Die Höhe der geraubten Summe steht noch nicht fest. Der Geldbriefträger hatte eine kleine Rente an die Großmutter des Täters ausbezahlt, als er von diesem noch einmal in die Wohnung zurückgerufen wurde. In der Wohnung selbst hat dann der Enkel der Rentnerin, der 19jährige Knirsch, dem Geldbriefträger eine Kugel in den Kopf gejagt, die den sofortigen Tod des Mannes zur Folge hatte. Knirsch **raubte darauf 2800 RM.**, worauf er die Flucht ergriff. Der Geldbriefträger stand seit 1907 im Dienste der Oberpostdirektion Frankfurt.

Der Mörder des Frankfurter Geldbriefträgers verhaftet.

T.U. **Frankfurt a. M.**, 1. Dez. Der Autoschlosser Wilhelm Knirsch, der am Donnerstag mittag den Geldbriefträger Hofmann in der Wohnung seiner Angehörigen erschossen und beraubt hat, konnte am Donnerstag nachmittag gegen 19 Uhr in Wiesbaden in der Wohnung eines Freundes durch Frankfurter Kriminalbeamte verhaftet werden. Knirsch ist vorbestraft und hatte in der nächsten Zeit in Wiesbaden einen Termin wegen eines Raubüberfalles zu erwarten. Kurz nachdem Knirsch den Geldbriefträger niedergeschossen hatte, wurde er von seiner zurückkehrenden Mutter überrascht. Er schlug der alten Frau einen Teppich um den Kopf und flüchtete durch das Fenster.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[31

„Unter einer Bedingung wäre ich geneigt, auf Ihren Vorschlag einzugehen", sagte sie schließlich zögernd.

Fritz von Dubian stieß einen Seufzer der Erleichterung aus. Gühring, ohne irgendwie überrascht zu sein, fragte ruhig:

„Und diese Bedingung, gnädige Frau, wäre?"

„Die ganze Angelegenheit müßte sich so arrangieren lassen, daß keinerlei Verdacht auf mich fallen kann. Ich möchte nicht um eines ungewissen Gewinnes willen die Position aufgeben, die ich jetzt im Hause Weltners habe."

„Damit haben Sie vollkommen recht, gnädige Frau. Es liegt uns nur daran, Einsicht in die Akten zu bekommen. Es ist nicht notwendig, daß Sie selbst dies tun. Schaffen Sie uns nur die Möglichkeit, an die Akten heranzukommen, und überlassen Sie uns das Weitere."

Ina dachte angestrengt nach. Wie sollte man es nur anfangen, um diese Dokumente für einige Zeit in die Hände zu bekommen?

Da plötzlich kam ihr ein Gedanke. Lebhaft wandte sie sich an Gühring.

„Vielleicht gibt uns das Schicksal einen Fingerzeig. Mein Vetter hat in den letzten Tagen stets mit seiner Privatsekretärin zu Hause gearbeitet. Aus einer kurzen Bemerkung, die er mir gegenüber machte, konnte ich schließen, daß es sich tatsächlich um die Patentangelegenheit handelt, die er auch noch nach Büroschluß bearbeitet."

„Vermutlich, gnädige Frau, denn die Frist zur Abgabe der Erklärungen läuft in einer Woche ab. Da ist es sehr begreiflich, wenn Herr Weltner mit der Arbeit etwas im Druck ist und sie noch außerhalb der Bürozeit erledigen will."

„In einer Woche? Dann wird ihm seine Krankheit jetzt sehr unangenehm sein. Er ist heute mit einer heftigen Grippe nach Hause gekommen und muß für mehrere Tage das Bett hüten."

„Es scheint wirklich, als wollte der Zufall uns helfen, gnädige Frau. Da der Termin zur Abgabe der Erklärungen bestimmt nicht mehr verlängert werden wird, so nehme ich an, daß Herr Rechtsanwalt Weltner vom Bett aus die nötigen Schriftsätze diktieren wird. Dazu muß er ja seine Handakten und auch die Geheimberichte im Hause haben."

Ina nickte lebhaft.

„Sehr richtig. Ich habe sogar heute schon, gleich nachdem der Arzt weg war, für ihn ins Büro telephonieren und die Privatsekretärin für heute nachmittag bestellen müssen."

Hier griff Fritz von Dubian ein.

„Diese Privatsekretärin, sag mal, ist bei der nichts zu machen? Jung? Kann man nicht einmal mit ihr ausgehen? So kleine Mädchen plaudern doch leicht Geschäftsgeheimnisse aus, wenn man ein bißchen nett zu ihnen ist."

Ein rachsüchtiges Lächeln lag über Inas schmalem Munde. Die Frage Dubians hatte sie auf einen Gedanken gebracht. Wie, wenn es möglich wäre, zwei Ziele zugleich zu erreichen? Man mußte diese Person, diese Bernheim, in Verdacht bringen. Dann hätte man zweierlei erreicht. Für sich die Geldsumme, die man unbedingt brauchte, und außerdem die Entfernung der Rivalin.

Sie wandte sich an Fritz von Dubian.

„So wie du es denkst, Fritz, ist es nicht zu machen. Diese Privatsekretärin ist kein dummes Mädchen, das man mit ein paar netten Redensarten umgarnen kann. Das ist eine sehr raffinierte und geschickte Person, aus Südamerika gekommen; scheinbar allerhand vom Leben wissend. Der Weg zu den Akten führt zweifellos über diese Frau Bernheim. Aber wir werden uns eine andere Methode ausdenken müssen, um unser Ziel zu erreichen. Im Augenblick ist sie mir noch nicht ganz klar."

„Es muß ja auch nicht jetzt sofort der Plan bis in jedes Detail besprochen werden, gnädige Frau", meinte Gühring. „Die Hauptsache, daß wir uns in den Grundzügen einig sind. Ueberlegen Sie sich die Sache einmal ganz ruhig. Oft genug schafft der Zufall die Situation, die man braucht, ohne daß man viel dazu tut. Wenn die Akten in den nächsten Tagen in der Privatwohnung sind, ist schon viel gewonnen. Sowie Sie auf eine gute Idee gekommen sind, rufen Sie bei mir an."

Ina erhob sich.

„Gut, Herr Gühring! Ich bin einverstanden! Nun haben wir wohl für den Augenblick nichts mehr zu besprechen. Ich muß eilig nach Hause. Gerade jetzt, wo mein Vetter krank liegt, kann ich nicht solange von zu Hause wegbleiben."

„Auch wir haben nichts mehr hier zu tun."

Gühring erhob sich und half Ina in den Mantel. Zu dritt gingen sie aus dem Lokal. In lebhaftem Gespräch standen sie noch einen Augenblick auf der Straße. Sie bemerkten es nicht, daß auf dem Hinterperron einer Elektrischen eine junge Dame stand, die, als sie Ina erkannte, einen Gruß anzubringen versuchte.

Edith Bernheim drehte sich nochmals um, als der Wagen weiterfuhr, und sah verwundert auf die elegante Gestalt Inas, die sich jetzt von den beiden Herren trennte. Es ging ihr durch den Sinn, daß Inas Platz jetzt eigentlich im Hause des Rechtsanwalts Weltner wäre.

Zwanzigstes Kapitel.

Der kleine Ralph Weltner sah sich vor dem Schulgebäude um. Fein war das! Niemand war da, der ihn abholte. Zu seinem Leidwesen stand sonst immer Babette oder der Chauffeur bereit, um ihn nach Hause zu bringen. Er war von seinen Kameraden deswegen oft genug geneckt worden. Aber all sein Bitten zu Hause, daß man ihn allein gehen lassen möge, wie die anderen Kinder, war vergebens gewesen.

Ina, in ihrer geheimen Abneigung gegen das Kind, das ihr immer als ein Hindernis zwischen sich und Weltner erschien, tat nie etwas, was den Wünschen Ralphs entsprach.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg